

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dr. Lukrezia Jochimsen, Katja Kipping, Dr. Petra Sitte, Dr. Lothar Bisky, Cornelia Hirsch, Volker Schneider (Saarbrücken), Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und der Fraktion DIE LINKE.**

### **Schutz des Welterbes im Konflikt um die Waldschlösschenbrücke in den Vordergrund stellen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das UNESCO-Welterbekomitee hatte das Dresdner Elbtal wegen der Pläne zur Waldschlösschenbrücke auf die Rote Liste gesetzt. Dabei machte das Komitee deutlich, dass der verliehene Titel bei einem Bau der geplanten Elbbrücke aberkannt werde. Dies wäre weltweit der erste derartige Fall.

Bis zum 1. Februar 2007 hatte die UNESCO der Stadt Dresden Zeit gegeben, alternative Vorschläge zum vorliegenden Entwurf der rund 160 Mio. Euro teuren Waldschlösschenbrücke vorzulegen. 28 Mio. Euro sind bereits in die Planung des 770 Meter langen Bauwerkes geflossen.

Der Deutsche Bundestag hatte sich ebenfalls in den Konflikt eingeschaltet, um zwischen der UNESCO, dem Freistaat Sachsen und der Stadt Dresden zu vermitteln. So fanden sowohl in Berlin als auch in Dresden Gespräche mit allen Beteiligten statt.

Das Oberverwaltungsgericht Bautzen hatte im November vergangenen Jahres in einem Rechtsstreit zwischen dem Regierungspräsidium und der Stadt Dresden angeregt, im Rahmen einer Mediation nach einer einvernehmlichen Lösung zu suchen, weil keiner der Beteiligten durch eine gerichtliche Entscheidung zwischen Bürgerentscheid einerseits und völkerrechtlichem Abkommen andererseits letztlich gewinnen würde. Dazu war eine aus fünf Experten bestehende Mediatorengruppe unter dem Vorsitz von Brigitta Ringbeck eingerichtet worden.

Mit Bedauern wird nun zur Kenntnis genommen, dass das Mediationsverfahren im Streit um die Waldschlösschenbrücke in Dresden erfolglos geblieben ist.

Nach Ansicht der Vorsitzenden der Expertenkommission ist eine Elbquerung mit geringerer Leistungsfähigkeit als die geplante Brücke unter den Bedingungen des Welterbestatus möglich. Problematisch bleibe weiterhin der Standort Waldschlösschen.

Die neue Lösung soll durch eine „moderierte Perspektivenwerkstatt“ vorbereitet werden, in der neben den Konfliktparteien auch Vertreter von Politik, Verwaltung, UNESCO und Wissenschaftler beteiligt werden sollen. So wäre eine kleinere Brücke mit weniger Verkehr bei der UNESCO verhandelbar.

Nach den aktuellen Entwicklungen ist nun darauf zu achten, dass die Glaubwürdigkeit Deutschlands nicht beschädigt wird: Diese steht nicht nur im Hinblick

auf die Bewahrung des Natur- und Kulturerbes der Welt auf dem Spiel, sondern auch im Hinblick auf die Achtung und Einhaltung völkerrechtlicher Verpflichtungen.

Aus diesem Grund müssen jetzt Bundesregierung und Bundestag Position beziehen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- in den Konflikt um die Waldschlösschenbrücke vermittelnd einzugreifen und sich für die Einrichtung einer „moderierten Perspektivenwerkstatt“ einzusetzen;
- darauf hinzuwirken, dass der Freistaat Sachsen und die Stadt Dresden ihrer Verantwortung für den Welterbeerhalt gerecht werden und den Schutz des Welterbes im Konflikt um die Waldschlösschenbrücke in den Vordergrund stellen;
- vom Freistaat Sachsen und der Stadt Dresden die Aussetzung des Baubeginns zu fordern, bis Verfahrensvorschläge der „moderierten Perspektivenwerkstatt“ vorliegen.

Berlin, den 27. Februar 2007

**Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion**

### **Begründung**

Dem 1972 von der UNESCO verabschiedeten „Übereinkommen zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt“ sind bisher über 180 Staaten beigetreten. Über 800 Stätten aus mehr als 130 Ländern sind auf der Welterbeliste verzeichnet und genießen den Schutz der internationalen Staatengemeinschaft sowie die besondere Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit.

Mit der Unterzeichnung der Welterbe-Konvention hat sich die Bundesrepublik Deutschland dazu verpflichtet, die innerhalb seiner Landesgrenzen gelegenen Denkmäler von außergewöhnlicher, weltweiter Bedeutung zu schützen und zu erhalten.

Eine Aberkennung des Welterbestatus für Dresden wäre daher ein verheerender Verlust des Ansehens der Bundesrepublik Deutschland und würde sich negativ auf weitere deutsche Bewerber auswirken.